

Dokumentation

eines der vielen fehlgeschlagenen Versuche,
die Politik über Fehler im marktwirtschaftlichen System zu informieren.

Oder:
Wie griechische Verhältnisse von der Politik für Gesamt-Europa vorbereitet werden.

Zusammengestellt von

Tristan Abromeit

www.tristan-abromeit.de

Text 63.0

11. Dezember 2008

Heute morgen hatte ich von meinem Korrespondenzpartner Rolf Dahmer in Portugal folgende Nachricht unter den empfangenen E-Mails:

Soeben lese ich den untigen SPIEGEL ONLINE - Artikel und frage:
Nur die Griechen ?

Krawalle stürzen Griechenland in tiefe Demokratie-Krise

Aus Athen berichtet <mailto:joerg_diehl@spiegel.de> Jörg Diehl

Gewalt auf den Straßen, Misstrauen in den Köpfen: Die schweren Krawalle sind nur das sichtbare Symptom der griechischen Staatskrise, tatsächlich reicht der Vertrauensverlust viel tiefer. Viele Bürger denken ähnlich wie die Anarchos - sie halten die Eliten ihres Landes für unfähig und korrupt.

<http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,595641,00.html>

((In einem anderen E-Mail war auf Deutschland bezogen zu lesen:
*Genügt dieser Protest, um eine Wende herbeizuführen? Natürlich nicht!
Wir müssen die gesamte korrupte Kaste der Politiker entmachten. Aber wie?
Im Anhang findet Ihr dazu eine denkwürdige Vision und Aktion zur nächsten
Bundestagswahl: Willi Weise. www.williweise.de))*

Vorgänge, wie sie die Medien vielfach aus Griechenland berichten sind nicht gottgewollt, sondern Ausdruck von Versagen der Politik, der Forschung und der Lehre. Es ist ein Versagen

oder eine Haltung der Akteure, die schon der Weimarer Republik das Genick gebrochen hat und den Nationalsozialisten (und damit Mord, Krieg und Elend) den Weg geebnet hat. Aufruhr hat nie bei den Aufrührern, bei den Rebellen¹, ihren Ursprung, sondern in den vielen staatlichen und wissenschaftlichen Institutionen, wie sie eine davon das *Presse- und Informationsamt der Bundesregierung* darstellt. Die nachfolgenden Seiten dokumentieren das Versagen dieser Institution, das in seiner vermutlich nicht erkannten Destruktivität schlimmer ist als ein 10%-Anteil der NPD an den Bundestagsmandaten. Auch sabotieren die Mitarbeiter des Informationsamtes die Reputation ihrer Dienstherrin, weil diese ohne die Informationen, die ihr ihre Informanten vermitteln sollten, in die Irre laufen und somit zu einer Förderin des Chaos werden lassen. Ich sage nicht, daß das aus Böswilligkeit geschehen ist. Ich habe sogar Verständnis dafür, wenn die Mitarbeiter eines solchen Amtes froh sind, wenn sie die vielfältigen Stellungnahmen, die sie zu fertigen haben, innerhalb eines vorgegebenen Rahmens einigermaßen erledigen können. Ich würde von der hier beschriebenen Fehleinschätzung auch gar kein Aufhebens machen, wenn es ein Einzelfall wäre. Aber der hier gescheiterte Versuch, die Politik auf einen Systemfehler aufmerksam zu machen, ist der xte-Versuch in hundert Jahren. Unendlich viel Leid hätte der Menschheit erspart werden können, wenn die jeweils Verantwortlichen ein Gespür für die abgeblockten Informationen gehabt hätten.

Im vorliegenden Fall des Informationsversuches ist es eindeutig so, daß die Bearbeiter des Hinweises im Presse- und Informationsamt überhaupt nicht verstanden haben, worum es geht. Der Verweis auf die Bundesbank oder die Europäische Zentralbank wird der Sache nicht gerecht. Zwar hat es seinen guten Grund, daß die Politik keinen unmittelbaren Zugang zur Notenpresse und daher die Notenbank einen von der Politik unabhängigen Status hat. Das kann aber nicht bedeuten, daß die Notenbank in einer Demokratie außerhalb des Gestaltungswillens des Volkes und der Verantwortung ihrer Vertreter liegt. Wenn in der Währungsverfassung ein Fehler liegt, der letztlich alle Wirtschafts- und Finanzpolitik der Staaten konterkariert, dann hat die Politik die Aufgabe, den Systemfehler zu beseitigen. Obendrein ist es so, daß die Zentralbank kein demokratisch begründetes Mandat hat, ihr kann daher auch kein Spielraum für Politik zugestanden werden. Zentralbanken bedürfen der klaren Regeln, nach denen sie zu handeln haben.

Die Geschichte, die ich hier an Hand der Originaltexte nachzeichne, hat bei mir ihren Ur-

1 Die Rebellen als Anarchos oder als Anarchisten zu bezeichnen, ist eine Desinformation, denn Anarchie bedeutet eben nicht Gewalt und Gesetzlosigkeit, sondern Freiheit Herrschaft. Auch die Befreiung von einer korrupten Herrschaft muß (gewalt-)herrschaftsfrei sein.

sprung darin, daß ich über eine E-Mail-Liste erfuhr, daß man über ein Internetportal sich direkt mit Anregungen und Fragen an das Bundeskanzleramt wenden könnte. Es sei eine Anfrage zum Fehler im Geldsystem eingereicht worden, die man unterstützen könne. Daß es sich bei diesem Internetportal, nicht um ein offizielles des Bundeskanzleramtes handelt, sondern um eines von engagierten Studenten, habe ich erst später gemerkt.

direktzu.de (team)



- [Nachricht senden](#)
- [Zur Kontaktliste](#)

Land *Deutschland*
Bundesland *Berlin*
Stadt *Berlin*
Beschreibung

Wir sind das Team von direktzu.de, einem Projekt von Studenten und Wissenschaftlern verschiedener Hochschulen. Wir entwickeln innovative, internetbasierte Kommunikationssysteme und stellen Persönlichkeiten aus Politik und Wirtschaft eine Plattform zur öffentlichen Diskussion aktueller Themen zur Verfügung.



Von [Heiko Kastner](#)

Thema [Wirtschaft](#)

Am 03. November [Beantwortet](#)

Neue Finanzordnung? - Neues Geld!

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin,

in der Diskussion um die aktuelle Finanzkrise bleibt ein zentraler Aspekt notorisch ausgeblendet, den einige Ökonomen schon seit geraumer Zeit als tiefere Ursache regelmäßig auftretender Crashszenarien erkannt haben: Die Fehlkonstruktion des Zinses in seiner gleichzeitigen Funktion als Allokations- sowie als Umlaufsicherungsmittel sowie die Monopolstruktur des Geldes.

Geld wird in der Standardökonomie seit über 200 Jahren als "neutrale Größe" hinsichtlich seiner Wirkungen auf die Realwirtschaft betrachtet. Diese weithin unhinterfragte Grundannahme verhindert den Blick auf die systemische Ursache der globalen Finanzkrise: Im derzeitigen Geldsystem wachsen die Vermögen systematisch schneller als das reale BIP (in D z.B. ist das BIP von 1950 bis 2000 um das 7-fache gewachsen, die Geldvermögen sind im gleichen Zeitraum um das 32-fache gewachsen). Der Grund liegt darin, dass die Zinsraten, mit denen die Geldvermögen wachsen, seit langem über den sinkenden realwirtschaftlichen Wachstumsraten liegen und wegen der im Zins enthaltenen "Liquiditätsprämie" nicht marktgerecht fallen können, ohne dass Geld in kurzfristiger Form gehortet wird (die sog. "Liquiditätsfalle"). Das exponentielle Überwachstum der Geldvermögen führt systematisch zum Entstehen spekulativer Blasen, die in regelmäßigen Abständen platzen müssen - mit entsprechenden Folgen für die Realwirtschaft.

Die Alternative: Bereits nach der Weltwirtschaftskrise in den 30er Jahren empfahl kein Geringerer als John Maynard Keynes in Anlehnung an Silvio Gesell, anstelle des Zinses "künstliche Durchhaltekosten" zur Umlaufsicherung des Geldes einzuführen. Durch diese "Liquiditätsabgabe" auf Bar- und Giralgeld kann bei rückläufigem Wirtschaftswachstum das langfristige Zinsniveau gegen Null tendieren. Der Wachstumszwang für die Realwirtschaft entfällt ebenso wie das Entstehen von Vermögensblasen.

Keynes' Vorschlag auf der Weltwährungskonferenz von Bretton Woods 1944, auf Basis der "Liquiditätsabgabe" eine internationale Handelswährung ("Bancor") einzuführen, scheiterte damals an den hegemonialpolitischen Interessen der Supermacht USA, die den US-Dollar als neue Leitwährung durchsetzten. Kürzlich äußerten sich Marvin Goodfried von der FED bzw. Willem Buiter von der London School of Economics optimistisch, die Ideen Gesells und Keynes könnten sich heute als hilfreich erweisen.

Werden Sie, Frau Merkel, als Bundeskanzlerin in Anbetracht der von Vertretern dieser Geldreform seit Jahren prognostizierten "Jahrhundertkrise" auf dem bevorstehenden Weltfinanzgipfel am 15. November die Gelegenheit nutzen, um die systemische Ursache der immer wiederkehrenden Finanzcrashs offen zu benennen und die Einführung einer "Liquiditätsabgabe"/ Welthandelswährung mit Liquiditätsabgabe zur nachhaltigen Stabilisierung des Finanzsystems einzufordern?

Unterschiedliche Zwecke verlangen unterschiedliche Geldsysteme. Derzeit gibt es sowohl für den regionalen wie auch für den internationalen Handel lediglich ein weltweit etabliertes, zinseszinsbasiertes und unbegrenztes Wachstum förderndes Geldsystem. Werden Sie angesichts der Krisenanfälligkeit der gegenwärtigen Monopolstruktur des Geldes für eine entsprechende Diversifizierung sorgen, indem Sie sich für eine klare gesetzliche Grundlage der in Deutschland bereits existierenden regionalen Komplementärwährungen aussprechen?

Herzlichen Dank für Ihr Engagement. Die Zukunft wird es Ihnen danken!

Mit freundlichen Grüßen
Heiko Kastner

Schreiben auch Sie einen Beitrag

Über dieses Anliegen kann nicht mehr abgestimmt werden, da es bereits beantwortet wurde.

+635

Empfehlen Melden

- 645 Stimmen
- 7843 Aufrufe
- Platz 3



Unterstützung von Heike Kastner Finanzordnung - Neues Geld

Neue

Sehr geehrter Frau Bundeskanzlerin Merkel,

Ich las das Anliegen von Heiko Kastner in diesem Forum oder Briefkasten. Dieses Anliegen der Liquiditätsabe bzw. der Umlaufsicherung des Geldes zur Verstärkung der Konjunktur und Vermeidung von weltweiten Finanzkrisen - wie wir sie zur Zeit erleben - kann gar nicht ernst genug genommen werden. Die Unfähigkeit der Regierungen und des Reichstages in Weimarer Republik die hinter Kastners Anliegen liegenden Erkenntnisse zu prüfen und anzuwenden, hat erst Hitler und die Folgen möglich gemacht.

Es kann doch nicht sein, daß in der Bundesrepublik trotz vorhandener Intelligenz und Forschungsmittel ganz simple Erkenntnisse (mit weitreichenden Folgen) ungeprüft liegen gelassen werden und das Parlament und die Regierung aus Hochmut oder Blindheit unsere Ökonomie nicht zu ihrem Optimum kommen lassen. Arbeitslosigkeit, Massenarmut und ökologische Zerstörungen sind nicht Gott gemacht, sondern von dem Bundestag und der Bundesregierung zu verantworten.

Frau Bundeskanzlerin, sie waren vor Ihrer Politikerinkarriere Wissenschaftlerin. Gehen Sie im eigenen Interesse zum Wohle Deutschlands und der Welt den Hinweis von Herrn Kastner mit wissenschaftlicher Methode nach. Ignoranz in der Politik ist gefährlicher als Terrorismus. Werden Sie die Hinweise von Heiko Kastner gründlich prüfen lassen oder soll ihnen bei jeder Rede zur Ökonomie Ihre innere Stimme sagen, da habe ich etwas versäumt?

Mit freundlichen Grüßen
Tristan Abromeit

N.S. Dies ist auch eine Nachricht für die Studenten und Absolventen der verschiedenen Hochschulen, die "Direkt zur Kanzlerin" eingerichtet haben und unterhalten. Mehr unter www.tristan-abromeit.de

Ihr Anliegen "Unterstützung..." Von direktzu.de (team) – Am 30. November

Sehr geehrter Herr Abromeit,

vielen Dank für die Übermittlung Ihres Anliegens. Wenn Sie ein Anliegen eines anderen Nutzers unterstützen wollen, dann können Sie das tun, indem Sie abstimmen.

Anliegen, die Sie selbst verfassen, sollten sich auf eine eigene Frage beziehen. Wir freuen uns auf weitere Beiträge, können diesen aber leider nicht veröffentlichen.

Wir würden uns freuen, bald ein Anliegen von Ihnen zu veröffentlichen.

Für Nachfragen stehen wir jederzeit gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr Team von "direktzurkanzlerin"

Antwort auf die Nachricht vom 30.11.2008, 19:47:18 Uhr (GMT +0100):

Hallo Gestalter von DirektzurKanzlerin!

Mir war schon klar, daß mein Anliegen nicht direkt in das vorgegebene Schema von Anliegen und Fragen paßt. Mir ging es darum, dem Anliegen von Heiko Kastner mehr Gewicht zu geben, als es mit der formalen Minus- oder Plusabstimmung möglich ist. Wenn es um Kommunikation geht, sollte eine Ablehnung oder Zustimmung eines Anliegens auch verbal ausgedrückt werden, um den weiteren Mitmachern den Sinn oder Unsinn eines bereits vorgetragenen Anliegens verdeutlichen zu können.

Die Antworten aus dem Presse- und Informationszentrum des Kanzleramtes dürften in der Regel gebremster Schaum sein. Die Mitarbeiter in diesem Amt sind ja nicht frei in ihrer Meinungsäußerung.

Die freie Meinungsäußerung müßte zwischen den Nutzern Ihres Portals stattfinden und zwar auch zum Nutzen des Kanzleramtes, das sicher mehr auf Machterhalt und nicht auf Problemlösungen ausgerichtet ist. Eigentlich wäre von der Systematik hergesehen auch das Parlament die bessere Adresse. Aber hier würde Ihr Modell ja mit dem neuen Petitionssystem konkurrieren.

Die Schwäche der offenen Petition ist, daß nichts durchgeht, was die Mitglieder des Petitionsausschuß nicht auf Anhieb verstehen. Wenn es um Ökonomiefragen

geht, fragen die Mitglieder des Petitionsausschusses bei den Fachministerien nach, was aber in der Regel witzlos ist, weil sich die Petitionen zur Ökonomie in der Regel gegen den Geist dieser Institutionen richten.

Heiko Kastner ist ja nun mit seiner Anfrage durchgekommen. Aber das zu erwartende Ergebnis habe ich in der ersten Begeisterung für Ihr Kommunikationsangebot mit dem Kanzleramt völlig überschätzt. Die Jahrzehnte langen Erfahrungen mit politischen Ämtern lassen keine guten Ergebnisse erwarten. Das liegt zum Teil aber an den Hochschulen, die mit ihrem Lehrangebot das Personal für oder in der Politik prägen.

Ich selber habe noch viele Fragen zur Politik. Ich denke nur, daß das Kanzleramt eine unergiebig Adresse ist. Um die Leser Ihres Internetangebotes zu erreichen, müßte man an die Kanzlerin vorbei zielen. Um die Mitleser zu erreichen, müßte man etwas mehr über die Nutzer ihrer Seite finden. Ich wollte vorhin nachschauen, was Heiko Kastner in seiner Selbstauskunft schreibt, mir ist es nicht gelungen, den Schalter zu den Selbstauskünften zu finden.

Es grüßt

Tristan Abromeit



Im Auftrag der Bundeskanzlerin
Thema Wirtschaft
um 21:17  Antwort

Re: Neue Finanzordnung? - Neues Geld!

Sehr geehrter Herr Kastner,

vielen Dank für ihre E-Mail, die wir im Auftrag der Bundeskanzlerin beantworten.

Was die Frage der Gestaltung von Zinsen anbelangt, ist weniger die Bundesregierung der geeignete Ansprechpartner. Das Thema gehört eher in den Bereich der unabhängigen Zentralbanken, also der Bundesbank oder der Europäischen Zentralbank:

<http://www.bundesbank.de>

<http://www.ecb.int/home/html/index.en.html>

Selbstverständlich hat es auch seitens der Bundesregierung angesichts der Turbulenzen auf den internationalen Finanzmärkten Überlegungen dazu gegeben. Sie sind in dem Bericht enthalten, den die von Ottmar Issing geleitete Kommission im Vorfeld des Washingtoner G-20-Treffens erarbeitet hat. Da Ihr Interesse ein wissenschaftliches ist, übermitteln wir Ihnen hier das leider nur auf Englisch verfügbare Papier mit dem Titel: „New Financial Order“:

http://www.direktzu.de/kanzlerin/+new_financial_order_ott...

Mit freundlichen Grüßen

Ihr

Presse- und Informationsamt der Bundesregierung

Informationen über die Akteure

a) Heiko Kastner

<http://heikokastner.homepage.t-online.de/>



Curriculum vitae

Heiko Kastner, geb. 1966, verheiratet, drei Kinder.

Studium von Politikwissenschaft, Germanistik und Volkswirtschaftslehre in Mainz und Hamburg.

Nach Studien-Abschluss zum Diplom-Politologen (1995) freiberuflich in Köln in der Erwachsenenbildung tätig (evang. Melancthon-Akademie, Volkshochschule).

Seit 2001 in Meppen geschäftsführend im Einzelhandelsbetrieb Uhren, Schmuck, Augenoptik.

Langjähriges Engagement in der Lokalen Agenda 21 im Themen-Bereich "Zukunft der Arbeit".

An dieser Stelle sei eine persönliche Bemerkung erlaubt:

1989 bin ich aus der katholischen Kirche ausgetreten. In der Rückschau erscheint mir meine Biographie ein wenig wie die an der eigenen Person vollzogene Entwicklung der Moderne, im Sinne der aufklärerischen Emanzipation vom "engen Moralkorsett" der Kirche. Die intensive Beschäftigung an dem Buch hat – für mich am Anfang überhaupt nicht absehbar – diese Entscheidung revidiert.

Autor von
Mythos Marktwirtschaft
Die irrationale Herrschaft des Geldes
über Arbeit, Mensch und Natur

Herzlich Willkommen...

...auf den Internet-Seiten meines Buches *Mythos Marktwirtschaft!* – Hier finden Sie Einstiegsinformationen und Einblicke sowie die Möglichkeit zur Diskussion rund um die Themen des Buches. Neben dem grundlegend neuen, zugleich längst überfälligen Verständnis unserer modernen Geldwirtschaft soll vor allem der Frage nach den "Alternativen" ein "nachhaltiges Forum" gegeben werden.

Ihre Kritik und Ihre Anregungen sind wichtig. Schließlich sollte es unser gemeinsames Anliegen sein, zukunftsfähigen Konzepten von Ökonomie eine größere Öffentlichkeit zu verschaffen...

b) Tristan Abromeit

www.tristan-abromeit.de

(Hier: Selbstauskunft für direkt zu.de)



Geboren 1934
Land Deutschland
Bundesland Niedersachsen
Stadt Neustadt a.Rbge.

Beschreibung

Matrose, Bankkaufmann, grad. Volkswirt, Bootsbauer, Rentner
in zweiter Ehe verheiratet, 7 Kinder, 8 Enkel
Als Marktwirtschaftler Gegenposition zum Kapitalismus vertretend.
Demokratie und Verfassung entwickeln!
Haftende Gestaltungsfreiheit für alle fordernd!